

Lehren des bitteren Kenntnis gegeben. Und nicht verlegenden
Duell von Heiterkeit bleibt die „Volkswacht“-Schlagzeile vom
28. Juni: „Die Regierung geklebt“, der prompt am
nächsten Tage auf der ersten Seite die „Berichtigung“ folgte:
„Es fällt nicht heiliger die Regierung geklebt,
sondern die Regierung geklebt.“ Es ist wirklich
nicht schwer, eine Satire auf diese „Dichtung“ der „Linken“
SPD-Führer zu schreiben.

Doch vielleicht ist Herr Arnold eine unruhliche Aus-
nahme! Vielleicht sind die „Linken“, Max Adler, Bauer,
Kosensfeld, Scharf, in der Kennzeichnung der gegen-
wärtigen Regierung entscheidend und stehen aus der SPD-
Kombi der letzten Wochen die Schlussfolgerung: „Am Schluss
muss jeder Koalition! Dort mit dem parlamentarischen Streiknis-
mus!“

Welt gefehlt. Man braucht nur die letzten zwei Nummern
des „Theoretischen“ Organs der „Linken“, des „Klassenkampfes“,
vom Juni und Juli in die Hand zu nehmen, um zu erkennen,
wie lässlich diese „Opposition“ gegen den Koalitionskurs der
SPD ist. Statt einer grundsätzlichen Verneinung jeder Koali-
tion ein bedingtes Klagegedicht darüber, daß die Beschlässe des
Kreuzerparteitages, die Koalition nur „unter gewissen
Vorbedingungen“ zu lassen, verlegt worden sind. Zwar
kennt der liebe Herr Kosensfeld in der Zeitschrift des
„Klassenkampfes“ die Regierung eine getarnte Große
Koalition, zwar jammert er über die Preisgabe der
1. Forderungen Hermann Müllers, doch seiner Weisheit letzter
Schluß lautet: „Wir werden abwarten, was die neue Re-
gierung schafft, wir werden alles tun, um unsere Parteigenossen
zu stärken und die Stärke und Geschlossenheit der Partei zu
wahren, aber (man beachte die lächerliche folgende Drohung
der Rede) wir werden auch kritisch die Entwicklung der Dinge
beobachten und mahnen, wenn die Hoffnungen der Freunde
dieser Koalition zerbrechen und die Gefahr besteht, daß die Sache
der Partei und des Proletariats Schaden nimmt.“

Die Herren Weiss, Hermann Müller können zufrieden-
sein, eine allzeit loyalere und getreuerer Opposition wie die der
Kosensfeld u. Co. brauchen sie sich nicht zu wünschen.

Dabei ist sich Herr Kosensfeld vollkommen darüber im
Klaren, daß die „getarnte Große Koalition“ den Arbeitern
nichts bringt, nicht einmal die Sicherung des Achtstundentages.
Er schreibt:

„Der Achtstundentag, diese notwendig erste Forderung
jeder Regierung, an der sich Sozialdemokraten beteiligen,
erfährt bei den Verhandlungen über das Regierungs-
programm der Koalition nur insofern Berücksichtigung, als
lediglich die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens
und die Festlegung des Achtstundentages in einem künftigen
Arbeitsvertrag gefordert wurde. Dieses internationale Ab-
kommen enthält aber zwei Durchführungen des Acht-
stundentages, als daß mit seiner Ratifizierung viel erreicht
wäre, und die Verwirklichung der Regelung der Arbeitszeit bis
zur Entscheidung über den Arbeitsschutzgesetzentwurf würde
so lange Zeit erfordern und so viele Gefahren der Verwirkli-
chung des Achtstundentages in sich bergen, daß nicht viel ge-
wonnen wäre. Die sehr einfache Anhebung des geltenden
Arbeitszeitgesetzes und seine Ersetzung durch ein sehr
schon zu verabsichtendes Gesetz kam für das Regierungs-
programm überhaupt nicht in Frage.“

Und dennoch wird Herr Kosensfeld, ebenso wie die übrige
Kosensfeld über das Wesen der Koalition zu verwirren.
Kosensfeld, Scharf u. Co. werden der Arbeiterschaft
nicht sagen, daß jede Koalition mit der Bourgeoisie Preisgabe
der Arbeiterinteressen bedeutet, sondern ihnen einzureden ver-
suchen, daß diese „getarnte“ Koalition ideal ist, weil die
linken Parteitagsschlässe verlegt worden sind. Im übrigen
werden die linken SPD-Führer weiter Loyalität und
Erfahrung der Parteigenossen in der Regierung
predigen und — wenn ihnen Jehova das Leben schenkt — noch
mehrere 25 Jahre allezeit getreue und loyale
Opposition machen. Das gehört zum Wesen der weich-
terartigen linken SPD-Führer. Doch die sozialdemokratischen
Arbeiter in Schlesien und Oberschlesien, welche die
Folgen der ersten Regierungskrisen, Kohlenpreiserhöhung ufm.,
hald am eigenen Leibe spüren werden, wollen sie dieses Doppel-
spiel linker Führer dulden? Sind insbesondere für die Bres-
lauer Arbeiter Resolutionen und Forderungen, die als Vor-
aussetzung für den Regierungseintritt dienen sollten, ein wert-
loses Stück Papier? Unsere Genossen in den Betrieben werden
in der Diskussion mit den sozialdemokratischen Kollegen bei
den Breslauer Forderungen antworten müssen, um ihnen klar
zu machen, daß diese Resolutionen für die linken und die rechten
SPD-Führer billig wie Brombeeren sind. Kein Aktions-
programm, keine Resolutionen und Richtlinien sind in der Lage,
an der Tatsache etwas zu ändern, daß jede Koalition mit dem
Bürgertum ein Geschäft für die Bourgeoisie und ein Verrat an
den Arbeiterinteressen ist. Die Verwirrung, welche die linken
schichtkapitalen Phrasen in der Arbeiterschaft anrichtet haben,
zu beseitigen und klar den einzigen Weg zur Machteroberung
für das Proletariat zu zeigen, ist im Augenblick eine der wich-
tigsten Aufgaben der Partei.

„Linke“ Helden, die sich drücken!

SPD-Abgeordnete, die die Müller-Stressemann-Regierung nicht „billigen“

Bei der Abstimmung über das Billigungsvotum für die Hermann-
Müller-Regierung glänzte eine Reihe sozialdemokratischer Abgeordneter
durch Abwesenheit. Es waren dies die Abgeordneten Kosensfeld, Levi,
Scharf, Graf, Fleigler, Kubat, Ströbel, Frau Barm und Frau
Eisenstein sowie einige andere. Diese „linken“ SPD-Führer waren
entweder gar nicht im Reichstag erschienen oder verließen das
Platz, bevor es zur Abstimmung kam. Die „Linken“ Hugo Carpe
und Klinger stimmten dagegen mit „ja“.

Die Stellungnahme der Mehrheit der sozialdemokratischen SPD-Ab-
geordneten — ihre Abwesenheit bei der Abstimmung — war
charakteristisch. Sie trugzeugen einerseits den Grund der Arbeiter-
feindschaft des Hermann Müllerschen Regierungsprogramms, da die
Zentralisten offenbar nicht wagten, der Regierung ihres eigenen Partei-
schicks die Billigung anzusprechen. Andererseits wird die ganze läg-
liche Halbheit des Zentralismus durch die Art ihrer Demonstrationen
gegen Hermann Müller und gegen die Linkenregierung der offiziellen
SPD-Führer und der Bourgeoisie gleichfalls kläglich blickgeheilt.

Geräte Ausschüsse für eine Koalitionsregierung in Bayern.
München, 6. Juli. Die politische Lage in Bayern wurde am
Freitag in politischen Kreisen und in der Presse allgemein dahin be-
urteilt, daß die Möglichkeit des Wiederzustandekommens der bisherigen
Koalition sehr zweifelhaft ist.

Breslauer Metallspruch verbindlich!

SPD-Arbeitsminister Bissell erfüllt die Unternehmerwünsche

Breslau, 9. Juli. Wir berichten, daß die Konferenz der
Vertrauensleute und Funktionäre des Metallarbeiterverbandes den
für die Breslauer Metallindustrie gültigen Schlichtungsspruch
mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt hatte. Am 5. Juli fanden
weitere Schlichtungsverhandlungen statt. Sie brachten keinerlei Ver-
besserungen des von uns bereits mehrfach behandelten Spruches.
Auf Antrag der Unternehmer ist der Schand-
schlichtungsspruch für verbindlich erklärt worden.

Wie verlautet, haben sich der „linke“ Ziegler und der rechte
Timm mit der Verbindlichkeitsklärung bereits abgefunden. Heute
abend soll eine Funktionärskonferenz der Metallarbeiter zu der Sach-
lage Stellung nehmen.

Die Verbindlichkeitsklärung ist ein Zeichen dafür — wie auch
nicht anders zu erwarten war — daß trotz des sozialdemokratischen
Wahlsteges, trotz der Sozialdemokraten in der Regierung und trotz
des sozialdemokratischen Arbeitsministers der
Murs der alte geblieben ist. Die Schlichtungsinstanzen
arbeiten noch wie vor zugunsten der Unternehmer. Die
reformistische Bürokratie kapituliert vor jeder Verbind-
lichkeitsklärung. Die Arbeiter sind nach wie vor die Ver-
trogenen. Das muß die heutige Funktionärskonferenz erkennen. Ein-
weg mit dem Schlichtungsschwindel! Ausreichende
Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitverkürzung können nur im offe-
nen Kampf gegen die Unternehmer erzielt werden!

Für die Gewerkschaftseinheit

Kremsfeld, 9. Juli. (Sig. Draht.) Eine Sitzung der Kremsfelder
Erweiterung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter
nahm eine Anzahl Anträge zum Bundeskongress des IGB an, so
zum Schlichtungswesen, zur Frage der internationalen Gewerkschafts-
einheit, zur Arbeitslosenversicherung, zur Betriebsrätefrage und zur
Annahme der proletarischen politischen Gefangenen. Der Antrag zur
internationalen Gewerkschaftseinheit lautet:

„Der Gewerkschaftskongress beschließt sofort den Vorstand des
IGB aufzufordern, eine gemeinsame Konferenz mit Vertretern der
IGB einzuberufen, um für die Einberufung eines gemeinsamen
internationalen Kongresses die Vorbereitungen zu treffen. Der ge-
meinsame internationale Kongress soll der Herbeiführung einer ein-
heitlichen Gewerkschaftsinternationalen dienen, die alle Gewerkschaften,
die sich zum Klassenkampf bekennen, umfassen soll.“

Eine neue Taktik der Reformisten

Bremen, 9. Juli. Die Bremer Hafenarbeiter hatten einstimmig
vom Deutschen Verkehrsband die Kündigung des Montellaris ge-
fordert. Aber die Führung des Deutschen Verkehrsbandes lehnte diese
Kündigung ab, so daß jetzt der Tarif weiterläuft. Es handelt sich um
eine neue Taktik der Reformisten, weshalb das Beispiel
einer breiteren Arbeiteröffentlichkeit bekanntgemacht werden muß.
Weil nämlich die SPD jetzt in der Koalitionsregierung ist, well
Bissell Reichsarbeitsminister ist, sollen die Arbeiter keine Forde-
rungen stellen. Das ist also der „Zegen“ der Koalitionspolitik.
Es genügt, diese Taktik aufzuzeigen, um die Arbeiterschaft zu ver-
anlassen, sie zu durchkreuzen.

Die SPD begünstigt den Panzer- kreuzerbau

In der Plenarversammlung des Reichstags am Donnerstag ist bekannt-
lich gegen die Stimmen der Kommunisten auf Antrag Lillmanns
der kommunistische Antrag, der sich gegen den Panzerkreuzerbau
richtete, dem Haushaltsausschuß überwiesen worden. Als Genosse
Stoedter bei Schluß der Sitzung forderte, daß am nächsten Dienst-
tag im Plenum der Bericht des Haushaltsausschusses über die Panzer-
kreuzerfrage auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, stimmten die
Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien gemeinsam gegen
diese kommunistische Forderung.

Darauf hat Genosse Stoedter am Donnerstagabend noch bei
den Vorstehenden des Haushaltsausschusses, dem sozialdemokratischen
Berliner Abgeordneten Hegemann schriftlich und mündlich die
sicherliche Einberufung des Haushaltsausschusses verlangt, damit er
zur Panzerkreuzerfrage Stellung nehmen könne. Bis zur Stunde
hat Hegemann den Ausschuß nicht einberufen. Er
schränkt diese Einberufung direkt zu sabotieren.

Diese Taktik mußten vor der sozialdemokratischen Arbeiter-
schaft ausdrücklich festgestellt werden, da die Erklärung Hermann
Müllers, die Regierung sei an frühere Beschlüsse gebunden, völlig
falsch ist. Der Reichstag braucht nur den kommunistischen Antrag
anzunehmen zur Verlegung eines Nachtragsetzes, der die 93 Milli-
onen ansetzt für den Panzerkreuzer für Rinderbeschäftigungen verwendet
werden will und die ganze Angelegenheit wäre erledigt. Die Sozial-
demokratie hat sich den bürgerlichen Parteien gegenüber verpflichtet,
den Panzerkreuzerbau durchzuführen und legt sich damit rich-
tungslos über den Willen der überwältigenden Mehrheit der deutschen
Arbeiterschaft hinweg.

1. Mai — gesetzlicher Feiertag

Die Kommunisten fordern es im Reichstag

Entgegen dem sozialdemokratischen Antrag auf Erhebung des
11. August zum Nationalfeiertag hat die kommunistische Reichstags-
fraktion beantragt, den 1. Mai zum Feiertag zu erklären.

Auch hier zeigt sich deutlich die Front: hier die proletarische
revolutionäre Partei, die den roten proletarischen Kampftag, dort die
Kommunistenpartei der „Staatsverwaltung“, der Koalition
mit Bourgeoisie und Selbstrepublik. Hier 1. Mai — dort 11. August:
Hier Partei des Klassenkampfes — dort kleinbürgerliche Reformpartei!
Es sind zwei Welten, die sich gegenüberstehen. Nur den Klassenbewußten
Arbeiter kann es nur eine Entscheidung geben!

291 Schiffshaffagiere ums Leben kommen

Nur vier Mann gerettet

Santiago de Chile, 8. Juli.
Der chilenische Truppentransportdampfer „Araucos“ ist auf
der Fahrt nach dem Hafen Lebu an der chilenischen Küste in der
Bucht von Blanco untergegangen.

Au Bord besaßen sich 295 Personen, darunter 80 Reisende. Das
Schiff lief bei heftigen Sturm auf Grund, nachdem das Kiemen ge-
brochen war. Infolge der ungeheuren Wucht des Aufpralls auf die
Felsen brach es völlig auseinander. Nur vier Mann der Be-
satzung konnten schwimmend die Küste erreichen.
Alle Rettungsarbeiten blieben erfolglos, da der Sturm mit unver-
mindeter Wucht anhielt.

Der Kapitän des Schiffes hat, bevor der Dampfer unterging,
auf der Kommandobrücke Selbstmord verübt.

Ein neuer Weltrekord im Dauerflug

65 Stunden 28 Minuten ununterbrochen in der Luft.

Die Dauerflieger gelandet. Der Weltrekord um 7 Stunden überboten.

St. Dejean, 7. Juli. Das Junterstflugzeug mit den Fliegern
Nijicz und Zimmermann an Bord ist Sonnabend um 21.30
Uhr auf dem hiesigen Flugplatz gelandet. Es befand sich demnach
65 Stunden 28 Minuten in der Luft und hat somit den Weltrekord
um annähernd sieben Stunden geschlagen.

Der Skandal um die Arbeiterbank

Berlin, 9. Juli. (Sig. Draht.) Die skandalösen Vorgänge bei
der Arbeiterbank, über die wir wiederholt berichtet, blieben auch in
den Kreisen der SPD-Mitglieder nicht ohne Wirkung. Die Ab-
teilungen 3 und 47 (Südosten) der SPD Berlin haben gegen den
Geheimrat Bachem und die mit ihm verbundenen SPD-Mitglieder
ein Ausschlußverfahren aus der Partei beantragt. Bachem ist bekannt-
lich Novembersozialist. Der Herr Geheimrat hielt es natürlich für
unter seiner Würde, der Vorstand wegen des gegen ihn gestellten
Ausschlußantrages Folge zu leisten. Er erschien nicht in den be-
treffenden Versammlungen. Es ist auch anzunehmen, daß seine
Gegner es verstehen werden, dieses verdienstvolle Mitglied selbst
gegen den Willen der SPD-Arbeiter zu halten, wie wiesand Gustav
Bauer, den Agenten Barmats.

Eine furchtbare Reflexexplosion fordert sechs Opfer

St. Kassel, 8. Juli. In Altmorschen bei Kassel ereignete sich am
Sonnabendmorgen ein furchtbares Explosionsunglück, das sechs Menschen-
leben forderte. In den Gipswerken R. Georgen explodierte aus bisher
noch ungeklärten Ursachen der Dampfessel des Werkes, wobei der
Reflexwärter durch Stichflammen sofort getötet wurde, während fünf
weitere Arbeiter schwere Verbrühungen und Vergiftungen durch
Kohlenoxydgase erlitten. Die fünf Verunglückten wurden in das
Kesselfabrikanten-Krankenhaus übergeführt, doch nur sechs ärztliche Hilfe ver-
gabens. Zwei Arbeiter verstarben kurz nach ihrer Entlassung,
während die drei übrigen am Sonntagmorgen ihren Verletzungen
erlagen. Der in dem Werk angerichtete Materialschaden ist beträchtlich.

Was wird aus Amundsen?

Kopenhagen, 8. Juli. Nach Mitteilungen von zwei Fahr-
gästen des Schiffes „Inge III“, das sich am 18. und 19. Juni auf
der Fahrt nach Spitzbergen in der Nähe der Bäreninsel befand, muß
Amundsens Schicksal als besiegelt gelten. Die beiden Fahrgäste haben
mitgeteilt, daß sie in der Nähe der Bäreninsel den Abflug eines
großen Flugzeuges ins Meer beobachtet hätten. Der Zeitpunkt der
Beobachtung läßt den Schluß zu, daß es sich um Amundsens Flug-
zeug handelt. Den beiden Fahrgästen war von der Amundsen-
Expedition nichts bekannt, so daß die Annahme fern liegt, daß sie
durch vorhergehende Meldungen beeinflusst waren.

Die Udet-Expedition abgefahrt

Berlin, 7. Juli. Die für den Flieger Udet vorbereitete
Expedition, die heute mit einem Schiff der Hamburg-Amerika-Linie
nach Spitzbergen aufbrechen sollte, um mit Flamingo-Flugzeugen auf
Ziernen die Rettung der Robile-Mannschaft zu versuchen, wird unte-
rlassen. Die Eisjolle, auf der die Besatzung der „Italia“ treibt,
befindet sich nur noch fünf Kilometer von Land. Die Rettung er-
scheint bei dem gegenwärtigen Stande nur durch Wasserflugzeuge
oder Boote möglich, die in genügender Anzahl in Spitzbergen vor-
handen sind.

Der „Kraffin“ wieder unterwegs

Kowno, 7. Juli. Aus Moskau wird gemeldet, daß der
Eisbrecher „Kraffin“ seinen Schraubendefekt beseitigt hat und
sein Vordringen wieder fortsetzen wird. Der Flieger Zjutnow
sollte am Freitag nicht aufsteigen, weil keine Startfläche frei-
zumachen war. Zwischen dem „Kraffin“ und der Robile-Gruppe sind
noch 63 Meilen. Der Flieger Babuchkin ist so weit hergestellt,
daß er demnächst seinen Flug wieder aufnehmen kann.

Kleine politische Nachrichten

Handgranatenanschlag gegen ein Weithener Leppichhaus. Bei
tzen D. S., 7. Juli. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend
wurde von unbekannter Hand gegen die Schaulusterauslagen des
Leppichhauses Bachmann in Weithen eine Handgranate ge-
schleudert, die die Fensterscheiben zertrümmerte und die Adventur
aus den Angeln riß.

Ein zweites Handgranatenunglück bei Kattowich. — Waichau,
8. Juli. Im Dorfe Kattowich ereignete sich am Sonntag
ein furchtbares Unglück. Eine Anzahl Kinder spielte mit einer auf
dem Feld liegenden Handgranate. Diese explodierte, wodurch im
ganzen etwa 22 Kinder Verletzungen davontrugen. Acht Kinder waren
auf der Stelle tot, 14 weitere wurden in hoffnungslosem Zustande in
das Krankenhaus übergeführt. Eine Untersuchung der Angelegenheit
ist im Gange.

Hankung will die alte Zentral-Regierung zur Verantwortung
ziehen. — St. Petersburg, 8. Juli. Die Hankung-Regierung hat be-
schlossen, die Mitglieder der alten Zentral-Regierung wegen ihrer
Politik vom Militärgericht aburteilen zu lassen. Dem früheren Mi-
nisterpräsidenten Van Zu gelang es, sich der Verhaftung durch die
Flucht in das diplomatische Viertel der Stadt zu entziehen. Er soll
in der japanischen Gesandtschaft Zuflucht gefunden haben. Die Mit-
glieder der letzten Schanghaier-Regierung sind nach Kuldun geflüchtet.

Sport vom Sonntag

Fußball

Bratislawa I — 1921 I 6:1

Nach Anstoß entwickelt sich ein flottes Spiel. Bratislawa sendet in der achten Minute zum ersten Tor ein.

Weitere Resultate

- Bratislawa IV — Eilefia Riders IV 7:3 (1:3)
Handballspiel Bratislawa Frauen II — Sil. Riders II 1:1
Bratislawa III — Stern III 0:5
Bratislawa II — 1921 II 6:0

Die Spaltungsarbeit der SPD im Berliner Arbeitersport wird fortgesetzt

Am 6. Juli veröffentlicht der traditionelle Spalter Bartelmann im Abend-„Vorwärts“ eine Erklärung, wonach das „Freie Kartell für Arbeitersport und Körperpflege“ aufgelöst ist.

Die sozialdemokratischen Drahtzieher Bartelmann, Bud und Stühm können schon in ihrer Erklärung mitteilen, daß „sehr die Gewähr vorhanden ist, daß die Kartellbewegung nicht wie vorher von den Kommunisten für ihre parteipolitischen Zwecke ausgenutzt wird“.

Die Berliner Arbeitersportler nehmen geschlossen dagegen Stellung. Sie kämpfen um die Einheit im Berliner Arbeitersport und um das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedschaft.

Berliner Behörden gegen den Arbeitersport

Im 4. Verwaltungsbezirk der Stadt Berlin hat der sozialdemokratische Stadtrat Rosenau, der auch Vorsitzender einer Reichsbannerabteilung ist, dem Arbeitersportkartell des 4. Bezirks mitgeteilt, daß die Arbeitersportvereine, die im 4. Bezirk geschlossen hinter dem alten Kartell stehen, keine Spielplätze mehr zur Benutzung erhalten sollen.

SPD-Funktionäre, Reichsbannerhauptlinge und Behörden im Kampfe gegen die Arbeitersportbewegung.

1200 Protestresolutionen gegen das Verbot der Prager Spartafade

Dem Sekretariat der Föderation der proletarischen Körperkultur ist eine große Anzahl von Protestschreiben und Resolutionen zugekommen.

Beruntreuungen bei dem bürgerlichen Länderspiel Polen-Schweden

Wie die polnische Presse meldet, sind bei dem am letzten Sonntag stattgefundenen Länderspiel Polen gegen Schweden große Beruntreuungen begangen worden, die auf etwa 60 000 Zloty geschätzt werden.

Breslauer Fußball-Sekundenspiele für den 15. Juli

- 10,00: Fr. Sportfreunde III — Bratislawa IV, Zankholzweide, Pech
10,00: West III — Süd III, Eichenpark, Geier
10,00: Stern III — Bratislawa III, Gräbchen, Röhndel
10,30: Einigkeit III — Sil. Riders III, Mochbern, Demnig
10,00: Sturm III — Union III, Schmiebsfeld, Schmiade
10,00: FSB. 1. Jgd. — Sil. Riders 1. Jgd., Webelpark, Brunert Fr.

- 17,15: Einigkeit I — Vorwärts I, Mochbern, Kretschmer
14,15: Einigkeit II — Vorwärts II, Mochbern, Ritter
9,30: Einigkeit 1. Jgd. — Vorwärts 1. Jgd., Mochbern, Nieder
16,30: Bratislawa I — Hundsfeld I, Lauterbach-Platz, Falkin
17,00: Bratislawa II — Hundsfeld II, Lauterbach-Platz, Prans
17,00: FSB. I — Hertha I, Dltaschin, Sprich
15,30: FSB. II — Hertha II, Dltaschin, Pfensel
15,00: FSB. II — VfL. II, Webelpark, Stiller
9,30: VfL. Schüler — Hertha Schüler, Gaudau, Verein
10,30: VfL. 2. Jgd. — Hertha 1. Jgd., Gaudau, Gabel
10,00: West 2. Jgd. — Vorwärts 2. Jgd., Eichenpark, Sauer
17,00: Sturm-Falke (omb.) — Auswahlmannsch., Reutirch, Sängler

Fußballsparte. Kreisschule. Zu der neu ins Leben gerufenen Kreisschule können sämtliche dem 14. Kreis angeschlossenen Fußballvereine je einen Spottler melden.

Hauptspielaussch. Montag 19,30 Uhr Sitzung in der „Erholung“.

Schiedsrichter-Vereinigung. Montag 20,30 Uhr Vollversammlung. Ausweise mitbringen.

Bezirks-Vorturnerstunde des 13. Bezirks. Am Sonntag fand in Langenöls die festgesetzte Vorturnerstunde des 10. Bezirks statt.

Bezirks-Vorturnerstunde des 13. Bezirks. Am Sonntag fand in Langenöls die festgesetzte Vorturnerstunde des 10. Bezirks statt.

Bezirks-Vorturnerstunde des 13. Bezirks. Am Sonntag fand in Langenöls die festgesetzte Vorturnerstunde des 10. Bezirks statt.

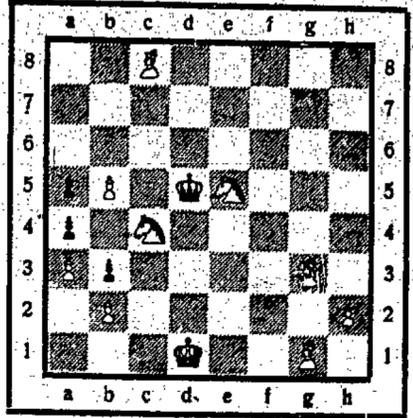
Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau. Alle Anfragen sind zu richten an A. Lehmann, Weibststraße 6, IV.

Problem Nr. 17.

Richard Kitzner, Breslau (Original).

Zweites Internationales Problemturnier Berlin 1927 (4. Preis).



Matt in drei Zügen.

Weiß: Kd1, Lc8, g1 Sc4, e5, Ba3, b2, b5, h2.
Weiß: Kd5, Ba4, a5, b5.

Partie Nr. 36.

Spanisches Vierpringerfeld.

- Weiß: Schaffarhit, Jena. Schwarz: E. Otto, Weimar.
1. e2-e4 e7-e5 14. Sg3-f5 g7-g6
2. Sg1-f3 Sb8-c6 15. Dd1-f1 Kg8-h8
3. Sb1-c3 Sg8-f8 16. Lg5-h6 Tf8-g8
4. Lf1-b5 Lf8-b4 17. Df1-g2 Sd7-f6
5. d2-d3 d7-d6 18. Dg2-g5 Sf6-h5
6. 0-0 0-0 19. Tg1-g4? g6-g5
7. Lc1-g5 Lc8-g4 20. e4x5 Tg8xg5
8. Lb5xc6 b7xc6 21. f5xe6 Tg5-g4
9. Sc3-e2 Lg4xf3 22. f3g4 Sh5-f6
10. g2-f3 Dd8-d7 23. g4-g5 Sf6-g4
11. Kgl-h1 Dd7-e6 24. e6xf7 Sg4xh6
12. Tf1-g1 Sf6-d7 25. g5xh6 Ta8-f8
13. Se2-g3 d6-d5! aufgegeben!

PASSAGIERE DER III. KLASSE Roman von Kurt Kläber

Mit 21 Jahren hatte jeder von uns ein festes Verhältnis. Eine Professorentochter. Die Tochter eines Bürgers. Manche irgendein Mädchen aus dem benachbarten Landfiken.

erlelte mich, und eines Nachts entfloß ich ihrem Schwarm und reiste für den Rest der Ferien wieder nach Oxford und zu meiner Magd.

Die Erregung des Krummen ließ einen Augenblick nach. Er blähte sich auf. „Einen William und einen Richard!“ sagte er stolz.

Bade dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad

Arbeitszeit, Lohn, Leistung im Kohlenbergbau

Ein Bericht des Enquete-Ausschusses

Unter den in großen Zwischenräumen erscheinenden Veröffentlichungen des weit über einundehalbzig Jahre arbeitenden Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugung und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquete-Ausschuss) ist der jetzt von dessen IV. Unterausschuss ausgegebene Bericht über die Arbeitszeit, den Arbeitslohn und die Arbeitsleistung im Steinkohlenbergbau für die Arbeiterschaft aus mehreren Gründen bemerkenswert.

Einmal ist die Frage der Einwirkung von Arbeitszeit und Arbeitslohn auf die Leistung, welche Untersuchung im Rahmen der Gesamtenquete den IV. Unterausschuss besonders übertragen war, eine von denen, die auf die Art und Weise der Ausnutzung der Arbeitskraft durch das Kapital hingielen. Zum andern sind gerade die Arbeitsverhältnisse im Steinkohlenbergbau um deswillen aktuell, weil nach dem Gutachten des Professors Schmalenbach über die Gewinnmöglichkeiten der Kohlenförderung und nach den jüngsten Preiserschütterungen des Kohlenmarktes, wie wegen der neuen Rationalisierungsoffensive der Interessen des Kohlenkapital im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Erörterung steht.

Der nun vorliegende Bericht des IV. Unterausschusses über Lohn und Leistung im Steinkohlenbergbau zerfällt in einen 324 Seiten starken Materialband und eine nur auf 34 Seiten sich beschränkende Broschüre, die die Feststellungen des Materialbandes auswertet und versucht. Schon dieses Verhältnis beider Veröffentlichungen zueinander zeigt, daß gegenüber der umfangreichen Tatsachenermittlung des Ausschusses die Auswertungsergebnisse verhältnismäßig mager ausgefallen sind. Auf die Frage, ob und wie mit veränderter Arbeitszeit und veränderter Arbeitslohn die Arbeitsleistung sich ändert, hat der Unterausschuss keine eindeutige Antwort gegeben. Nach der Ansicht des Vereins für Sozialpolitik, auf dessen Antrag der Unterausschuss seine Fragen beantworten soll, sollte durch das Ergebnis der Untersuchung der Streit zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft über die Länge der Arbeitszeit und die Höhe des Lohnes als entscheidende Faktoren der Leistung schiedlich-friedlich gelöst werden. Indem der IV. Unterausschuss, in seiner Mehrheit aus Professoren der Sozialpolitik und Gewerkschaftsführern zusammengesetzt, die Frage nicht abschließend beantwortet hat, hat er die Auseinandersetzung über die Höhe des Lohnes und die Länge der Arbeitszeit von dem Forum der Enquete, die ihn befragen sollte, wieder an die unmittelbare Auseinandersetzung zwischen Kapitalisten und Arbeiter verwiesen.

Diese Unmöglichkeit, dem lebendigen Klassenkampf durch wissenschaftliche Feststellungen an den Fragen zu gehen, es ist demnach, was aber der Ausschuss vermeiden hat, — gibt schon dem Bericht des IV. Unterausschusses eine gewisse, wenn auch nur negative Bedeutung.

Seh die größere Bedeutung des Berichts für die Arbeiterschaft liegt in der Fülle des vom IV. Untersuchungs-ausschuss zusammengestellten Materials über die Arbeitsverhältnisse im Steinkohlenbergbau, dessen er bedurfte, um den wirklichen, in den Klassengegensätzen selbst gelegenen Zusammenhang des Problems durch seine negative Antwort auszuweisen. Die Materialsammlung umfaßt allerdings nicht den gesamten Steinkohlenbergbau, sondern er beschränkt sich auf zehn Zechen aus Rheinland-Westfalen und aus Oberschlesien. Bei einigen unter ihnen hat außer einer Befragung der Gruben eine Vernehmung der Betriebsleitung und des Betriebsrates stattgefunden. Leider sind die Protokolle dieser Vernehmungen im Gegensatz zu der Hebung der englischen Enqueten nicht veröffentlicht worden. Aber auch so gibt den Gewerkschaftsfunktionären das Material einen gründlichen Anschauungsunterricht über die Ausbeutungsmethoden im rationalisierten Bergbau.

Das Problem

Die Frage nach der Arbeitsleistung bei gegebener oder veränderter Arbeitszeit ist die Frage nach der Verknüpfung der vom Arbeiter verarbeiteten Arbeitskraft durch ihren Käufer, den Kapitalisten; die Frage nach der Größe der Mehrarbeit für ihn, nach den Methoden zur Steigerung des absoluten und relativen Mehrwerts.

Die Frage nach dem Lohn und seiner Einwirkung auf die Arbeitsleistung ist die Frage nach dem Preis der Arbeitskraft, ob und in welchem Maße er dem Wert der Arbeitskraft gleichkommt, ob und inwiefern er zur Reproduktion der in der veränderten Arbeitszeit und unter veränderten Arbeitsbedingungen ausgegebenen Arbeitskraft ausreicht.

Es ist klar, daß der IV. Unterausschuss der Enquete keine Probleme sich nicht in dieser Weise gestellt hat. Er hat im Gegenteil versucht, alles anzuschalten, was einer solchen materialistischen Fragestellung auch nur nahekommt. Er hat es ausdrücklich abgelehnt, die Frage nach den Selbstkosten, nach der Veränderung des Lohnkostenanteils, insbesondere der Veränderung des Lohnkostenanteils im Rahmen der Produktionskosten während der letzten Jahre zu untersuchen, obwohl die beiden kommunikativen Mitglieder des Ausschusses, die Genossen Rosen und Alexander, wiederholt darauf hingewiesen haben, daß gerade diese Frage, in Beziehung gesetzt sowohl zu den maschinellen und betriebsorganisatorischen Änderungen im Bergbau, als zur Rationalisierung, wie zu den Bohrmethoden stellen würde, ob und wie weit der Lohn unter dem Wert der Arbeitskraft bei gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit und Intensivierung der Arbeit gebracht werden sei, daß also diese Frage nach den „Selbstkosten“ im unmittelbaren Zusammenhang mit den vom IV. Unterausschuss gestellten Aufgaben stehe. Doch die Frage der Selbstkosten ist aufgegeben, ist die Frage nach dem Unter dem Wert der kapitalistischen Plusmacheri unter den Bedingungen des rationalisierenden Monopolkapitals, und darum

auch für die Professoren und Gewerkschaftsführer vom Verein für Sozialpolitik ein Kränchen Rührmichnichtan (Vgl. dazu „Rote Fahne“ vom 20. Mai 1927, Wirtschaftliche Rundschau Nr. 19.)

Weiter hat es der Unterausschuss abgelehnt, seine Fragestellung auf die Gesamtbelegschaft einer Zeche zu erstrecken, obwohl auch die Leistung des Hauer, des „unmittelbar produktiven Arbeiters“ um so mehr von der Produktion des Gesamtbetriebes abhängt, je mehr dieser mit der fortschreitenden Rationalisierung betriebsorganisatorisch und technisch durch-rationalisiert wird. Eines der kennzeichnenden Merkmale der Rationalisierung ist es ja, daß bei fortschreitender gesellschaftlicher Anarchie unter der Herrschaft des Monopolkapitals die Betriebsorganisation immer planmäßiger alle Einzelarbeiter in den Gesamtbetrieb eingegliedert werden, und daß dadurch die Einwirkung der Arbeitszeit auf die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters immer entscheidender bestimmt wird. Doch die Untersuchung der Entwicklung des Förderanteils der Gesamtbelegschaft würde Probleme neuer Art (d. h. die eigentlichen Probleme der Rationalisierung, die Red.) aufgerollt haben, die obendrein in die Selbstkostenbetrachtung, d. h. in wirtschaftliche Fragen hinübergeführt hätten“ (Auswertungsergebnisse S. 32). Darum hat der Ausschuss sich von diesen Fragen ferngehalten. Er hat vielmehr sich auf die Untertagearbeiter beschränkt, und unter ihnen insbesondere die „unmittelbar produktiven“, die Hauer, näher betrachtet. Das entspricht trotz der immer weiter fortschreitenden Kollektivierung der Arbeit auch im Bergbau durch die Schüttelrutsche, die hier das laufende Band bedeutet, der von den Sozialreformern beliebten Isolierung des Arbeiters als einer Einzelperson, die letztlich durch ihren Willen, durch ihre seelische Reaktion auf Arbeitszeit und Lohn ihre Arbeitsleistung bestimmt.

Indem der Ausschuss seine Aufgabe von vornherein derart begrenzte, verschloß er sich selbst den Weg, um den auch in den Veränderungen der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes liegenden aktuellen Problemen der Rationalisierung näher zu kommen.

Das Maß der Arbeitsleistung und der Arbeitszeit

Um dieser vom Ausschuss selbst geübten Beschränkung seines Aufgabenspektrums kamen noch mancherlei Schwierigkeiten infolge der Unsicherheit der Feststellungsgrundlagen, die aus den nur auf die Verwertung des Kapitals gerichteten Statistiken der Verleistungen sich ergaben.

Obwohl es im Bergbau verhältnismäßig einfach zu sein scheint, die Leistung an der Größe der Förderung zu messen, zeigte sich, daß diese Förderung in den Büchern der Unternehmer keineswegs eindeutig feststeht. Für das Kapital ist nicht entscheidend, was der Hauer mit dem Abbaumhammer oder der Schrämm-Maschine an Kohlen herausholt, sondern was nach Abzug der Wäsch- und Leiserlute hinterher als verwertbare Nettoförderung auf dem Markt verkauft werden kann. Die Bruttoförderung, die eigentliche Leistung des Bergarbeiters, wird vielfach erst hinterher aus der Nettoförderung von den Verleistungen errechnet, wobei auch das veränderliche spezifische Gewicht der Kohle wie Verschiedenheit in der Beladung der Wagen eine Rolle spielt. Der Ausschuss hat hierzu festgestellt, daß z. B. eine der befragten Verleistungen bei unverändertem Fassungsvermögen der Kohlenwagen deren sogenannten Brutto-Einhalt nach einer bestimmten Zeit rein rechnerisch heraufgesetzt hat, obwohl schon vorher die Beladung der Wagen gestiegen war.

Es zeigt sich hier nicht nur, welche Möglichkeiten statistischer Kunsttüme dem Kohlenkapital zur Verfügung stehen, wenn es, wie bei der Schmalenbach-Untersuchung einen Verlust für jede geförderte Tonne Kohle schon am Schacht „beweisen“ will, sondern, wie die nachträgliche Errechnung der Nettoförderung aus der Bruttoförderung zu einer der beliebtesten Methoden des Lohnbetrugs wird. Denn dieser errechnete und keineswegs gewogene Bruttoinhalt der Förderwagen ist für den Hauer zwar nicht das Maß, nach dem die Arbeitsleistung seine Leistung misst, wohl aber das Maß, nach dem sie seinen Lohn bestimmt.

Ebenjowenig stand in der kapitalistischen Statistik die Arbeitszeit, für die die Leistung zu messen war, von vornherein fest. Der Begriff „Schicht“ ist keineswegs eindeutig in den Büchern der Unternehmer festgelegt. Vor allem war es notwendig, die Ueberlichkeiten wie die Fehlschichten, die Formen der Ueber- und Kurzarbeit im Bergbau, rechnerisch zu erfassen. Zu diesem Zweck hat der Ausschuss einen „Sollhauer“ konstruiert. Das ist ein statistisch errechneter Hauer, der täglich die tariflich festgelegte Schichtzeit ohne Ueberlichkeiten und Fehlschichten verfährt. Die Zahl dieser Sollhauer ergibt sich aus der Zahl der an je einem Werkstättentage des Monats tätigen Hauer, die mindestens eine Schicht ohne Fehl- und Ueberlicht verfahren haben. Ihnen stehen die angelegten Hauer gegenüber, das sind die tatsächlich in der Zeche beschäftigten Arbeiter, die sowohl Ueberarbeit machen wie einzelne Schichten ausfallen.

Für diesen „Ideal-Arbeiter“ hat der Ausschuss die Veränderung der Arbeitsleistung bei veränderter Arbeitszeit festzustellen versucht, unter Zugrundelegung einer annähernd richtigen Bruttoförderung.

Ueberlichkeiten und Leistung

Die Antwort des Ausschusses geht dahin, daß für die Arbeitszeitveränderungen, die vor der Stabilisierung und Rationalisierung liegen, nämlich für die Ueberlichkeitenabkommen im Ruhrbergbau von 1920 und 1922, die Stundenförderanteile der Hauer und Untertagearbeiter mit dem Verfahren der Ueberlichkeiten zurückgegangen sind. Diesen für die Arbeiterschaft wichtigen Feststellungen konnte sich der Ausschuss nicht entziehen, obwohl er zur Erklärung nach Gründen sucht, die außerhalb der unmittelbaren Einwirkung der Arbeitszeitveränderung auf die Leistung liegen. So soll das Sinken des Stundenförderanteils vom März 1920 bis März 1921 auf die Unzulänglichkeit des ersten Ueberlichkeitenabkommens

zurückzuführen sein, das an zwei Tagen in der Woche der normalen Schicht je eine halbe Ueberlicht anhängte und so die Arbeitszeit ungleichmäßig machte. In der Tat ist dann auch beim zweiten Ueberlichkeitenabkommen (Oktober 1922), bei dem die Ueberlichkeiten als je eine Ueberlichte auf die ganze Woche verteilt worden waren, der Stundenförderanteil gestiegen, wenn er auch hinter dem aus der Zeit vor den Ueberlichkeiten zurückbleibt.

Die entscheidende Verlängerung der Arbeitszeit hat am 1. Januar 1924 stattgefunden — um täglich eine Stunde; von 7 auf 8 Stunden an der Ruhr, von 7½ auf 8½ Stunden in Oberschlesien. Zugleich mit dieser Arbeitszeitverlängerung ist eine Leistungssteigerung festzustellen. Doch der Ausschuss hat hierzu ausdrücklich bemerkt, daß sie nicht mit der Arbeitszeitverlängerung in entscheidenden Zusammenhang gebracht werden kann, weil in der gleichen Zeit die Stabilisierung der Währung, die wirksam werdende Mechanisierung des Bergbaus und endlich die mit der Niederlage der Arbeiterschaft verschärfte kapitalistische Betriebsdisziplin die Leistung erhöht hat. Der Ausschuss unterstreicht, daß von den mit der Rationalisierung verbundenen Entlassungen die nicht unmittelbar produktiven Arbeiter vor allem betroffen wurden: „Damit mußte sich rein rechnerisch der Förderanteil für die im Werte verbliebenen Arbeiter erhöhen.“ (Seite 30.)

Die alte Behauptung der Arbeiterschaft, daß mit der Verlängerung der Arbeitszeit die Stundenleistung abnimmt, mindestens aber nicht steigt, ist also durch die Feststellungen der Enquete nicht widerlegt, sondern für die Zeit von 1920/24 bestätigt worden.

Verdichtung der Poren des Arbeitstages

Zu diesen allgemeinen, sich auf den ganzen Bergbau beziehenden, treten noch besondere Arbeitszeitverlängerungen für die einzelnen Zechen. Sie stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Mechanisierung und Rationalisierung. Für ihre Auswirkungen auf die Leistung hat der Ausschuss noch weniger eine eindeutige Antwort gefunden, als für jene allgemeinen Veränderungen.

Bei diesen besonderen Arbeitszeitveränderungen handelt es sich um die Verdichtung der Poren des Arbeitstages durch die verschärfte Betriebsorganisation in Verbindung mit der Mechanisierung sowohl der Abbaumethoden der Transportmethoden des Bergbaues, vor allem durch die Ersetzung der von der Hand geführten Hacke durch den Abbaumhammer und die Schrämm-Maschine, die Verdrängung der Schaufel und des Kohlenwagens durch die Schüttelrutsche und das Transportband. Sie ermöglichen es, die ganze Arbeit unter Tage, die vordem, so lange die Handarbeit vorherrschte, die Belegschaft in einzelne nebeneinander arbeitende Kameradschaften auflöste, in einen Kollektivarbeiter zusammenzufassen, dessen Leistungsfähigkeit durch die Kapazität der Schüttelrutsche und die Leistungsfähigkeit der Abbaumaschinen mehr und mehr bestimmt wird. Zu einem bestimmten Zeitpunkt kann von einer Zentralstelle aus der ganze Betrieb in Bewegung gesetzt und wieder stillgelegt werden. Die Pausen können auf die Minute beginnen und beendet werden. Weiter ermöglicht diese Betriebsorganisation die reinerweise Seilfahrt, d. h. das Ein- und Ausfahren der Belegschaft nach einem bestimmten Fahrplan, der der besonderen Arbeit der einzelnen Kameradschaften unter Tage genau angepaßt ist. Auf diese Weise ist es den unter-suchten Zechen gelungen, die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde gegenüber der Vorkriegszeit mehr als auszugleichen. Die reine Arbeitszeit unter Tage ist trotz der Herabsetzung der nominellen Arbeitszeit um eine halbe Stunde gegen 1913, teilweise größer als vor dem Kriege. Zu der Methode der Vergrößerung des absoluten Mehrwerts durch die Verlängerung des Arbeitstages Anfang 1924 tritt die Methode seiner Steigerung durch die Verdichtung seiner Poren während der gegebenen Arbeitszeit.

Ueber die Auswirkung dieses intensiver ausgenutzten Arbeitstages auf die Leistung erklärt der Ausschuss nur, daß die Einwirkungen der Mechanisierung, d. h. die Steigerung der Produktivität der Arbeit durch die neu eingeführten und verbesserten Maschinen, die Intensivierung der Arbeit durch die Verdichtung der Poren des Arbeitstages so sehr überwiegen, daß eine eindeutige Feststellung nicht möglich sei.

Freilich weist der Ausschuss, entsprechend seiner ganzen zwiespältigen Stellung zu den Problemen des Klassenkampfes, die er allzu gern ausgleichen möchte, sofort darauf hin, daß vielleicht in der Zahl der Fehlschichten, in der Einwirkung der durch die Mechanisierung beschleunigten Arbeit auf die Gesundheit der Bergarbeiter, auf die Zahl der Unfälle, diese Intensivierung dennoch in Erscheinung träte. Hier liegt in der Tat eine neuartige, durch die Rationalisierung selbst hervorgerufene Verknüpfung zwischen Arbeitszeit und Leistung vor. Zwar arbeitet der an die Schrämm-Maschine und Schüttelrutsche gebundene Hauer sein ihm vorgeschriebenes Arbeitspensum regelmäßig ab, wobei das Maß der Leistung, wie der Ausschuss gleichfalls feststellt, mehr und mehr durch die Betriebsorganisation von vornherein der Höhe nach bestimmt ist, erschöpft sich aber mit dem steigenden Arbeitstempo seine Arbeitskraft schneller als früher, was sich eben in der Zunahme der Kranken- und Fehlschichten äußert. So wird nicht mehr, wie früher, die Arbeitsleistung entscheidend durch die Arbeitszeit bestimmt, sondern umgekehrt die tatsächliche Arbeitszeit, die ein Arbeiter aufbringen kann, durch die Schärfe der Anforderungen der Betriebsorganisation. Hier liegt das eigentliche Arbeitszeitproblem unter der Herrschaft des Monopolkapitals. Der Ausschuss hat es nur zwischen den Zeilen schlichtern gestreift.

Gestiegene Leistung, gekürzter Lohn

Im unmittelbaren Zusammenhang mit dieser besonderen Form der Arbeitszeitfrage, wie sie die Rationalisierung aufwirft, steht die Frage des Lohnes: ob er bei den durch die Rationalisierung veränderten Arbeitsbedingungen zur Reproduktion der Arbeitskraft ausreicht.

Der Ausschuss hat die Äußerungen der Arbeiter über das „Gedingelöppchen“, d. h. die Herabsetzung der Bedinge der

Arbeitsfrage im Bergbau bei Steigerung der Leistung im Zusammenhang mit der Mechanisierung auf allen Zechen geübt. Er hat ebenso überall die Klagen der Betriebsräte gehört, daß der Lohn im Gegensatz zur Vorkriegszeit bei weitem nicht ausreichte, um die Ernährung der Familie zu sichern, daß schon am zweiten und dritten Tage nach der Lohnzahlung die Pumpschwärze wieder beginne. Er hat das kaum gemilderte Wohngeld, die Überfüllung insbesondere auch der Werkwohnungen, festgestellt. Der Materialband enthält eine Fülle von Tatsachen hierzu, die im Zusammenhang mit den gestiegenen Krankheits- und Unfallziffern beweisen, daß der Lohn, den heute die Bergarbeiter erhalten, zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft nicht genügt.

Doch auch dieser Schlussfolgerung weicht der Ausschuss trotz seiner Feststellungen aus. Er ist für das Lohnproblem der Meinung, daß ein „gerechtes“ Gehalt allerdings die Leistung steigern könnte. Doch was ein gerechtes Gehalt sei, ob insbesondere die Ansätze der Bergarbeiter über das Gehaltssystem und die übrigen Methoden zur Lohngestaltung berücksichtigt seien, darüber hat er es abgelehnt, ausdrückliche Feststellungen zu machen.

Wenn trotz steigender Förderleistung, trotz wachsender Anstrengung auch bei maschineller Arbeit der Lohn nicht entsprechend der Zunahme des Förderanteils und der Anspannung steigt — das das der Fall ist, kann nicht bestritten werden —, so heißt die richtige Antwort auf die dem Ausschuss gestellten Fragen von der Einwirkung des Lohnes auf die Leistung — eine Antwort, die er nicht gegeben hat —, daß nicht die Lohnhöhe die Leistung bestimmt, sondern umgekehrt die Leistung den Lohn in der Weise, daß trotz steigender Leistung der Lohn unverändert bleibt, daß die Altkonventionen auch im Bergbau dafür sorgen, daß über eine bestimmte Lohnhöhe hinaus der Arbeiter nicht hinauskommt. Wie das auf den einzelnen Zechen im einzelnen durchgeführt wird, zeigt wiederum der Materialband.

Das kapitalistische Ergebnis der Rationalisierung, soweit es sich in der Arbeitszeit, im Lohn und in der Leistung ausdrückt, vertritt der Ausschuss nicht in dem Teile seiner Veröffentlichung, die er als seine Schlussfolgerung bezeichnet, sondern bei der Frage, wie Schüttelruthe und Schräg-Maschine auf die Leistung je Kopf und die Gesamtkosten je Tonne in einem von ihm untersuchten Fall sich auswirken haben:

„Die Berechnung auf einer Zeche des Ruhrgebietes ergab, daß nach Verwendung einer Schräg-Maschine die Gesamtleistung der Ruthe um 13 Prozent höher war. Da gleichzeitig die Belegschaft um 7 Prozent vermindert war, ergab sich auf den Kopf ein etwa um 20 Prozent höherer Förderanteil. Die Gesamtkosten je Tonne waren um 6 Prozent vermindert, die Lohnkosten um 12 Prozent. Der Lohnanteil des Arbeiters je Tonne war um etwa 5 Prozent vermindert, da aber die Kohlenförderung je Schicht um 18 Prozent zugenommen hatte, war auch der Schichtverdienst des Arbeiters um etwa 7 Prozent gestiegen.“

In diesem Satz ist trotz aller Zurückhaltung des Ausschusses, an die Selbstkostenfrage heranzugehen, das eigentliche Problem der Rationalisierung, wie es sich für die Arbeiterschaft stellt, enthalten. Diese Sätze rühren an die Methoden der kapitalistischen Plusmacherel. Deshalb sind die Materialien des Ausschusses, so sehr er seine Untersuchung in den Grenzen bürgerlicher Sozialpolitik verhältnismäßig einzuschränken bestrebt ist, dennoch für den Tageskampf der Arbeiterklasse um die Abwälzung der Lasten der Rationalisierung von Wichtigkeit. E. Rudwig.

Breslau

Bei uns daheim

Ich und du, Müllers Kuh,
Müllers Esel, der bist du.
(Kinder-Abzählreim.)

Ein Müller leitet die Regierung,
ein Müller spricht in Strelitz Recht.
Die Müllers sind des Reichs Verzeigung.
Wir sind ein müllernes Geschlecht.

Herr Müller sitzt auf Rathausbänken,
er feiert Flieger mit Gebrüll,
Herr Müller schimpft in allen Schenken,
und wo kein Müller ist, ist Müll.

Herr Müller ist Berichterstatter,
Herr Müller festst auf keinem Wall.
Sprach Lehmann glatt, spricht Müller glatter.
Herr Müller müllert überall.

Wozu der Lärm? Was soll die Prebigl?
Reichstag bleibt Reichstag. Wann ist Mann.
Und wenn die Müllers einst erlebigt,
dann kommen halt die Schulkas dran.

Carl Schnag
(Aus der „Welt am Abend“)

Schwarzweihrote Brutalität

Freitag wurde an der Unierschloßbrücke die 18jährige Wally Meide, Humboldtstraße 16 wohnhaft, beim Auspringen auf die Straßenbahn vom Anhänger der Linie 2 erfaßt und schwer verletzt. Der Führer eines der Straßenbahn folgenden Autos mit schwarzweihroter Fahne, der die Schwerverletzte nach dem Krankenhaus bringen sollte, weigerte sich, das mit dem Tode ringende Mädchen zu transportieren. Erst nach 22 Minuten wurde dieses nach dem Krankenhaus transportiert und ist dort sofort seinen Verletzungen erlegen. Vielleicht wäre eine Rettung möglich gewesen, wenn dem Fahrer des schwarzweihroten Autos ein Menschenleben mehr wert gewesen wäre, als ein eventueller Blutsied im Wagen.

Aus der Stadtverwaltung. Wegen Umbauarbeiten im Rathaus sind die öffentlichen Ausgänge der Standesämter unter dem Torbogen Elisabethstraße (gegenüber der Siebentürstentische des Ringes) und, sofern der Platz dort nicht ausreicht, im Eingange des Stadthauses, Elisabethstraße 9, untergebracht worden. — Aus dem gleichen Grunde werden die Rathäuser in Peltz und die Botenmeistererei des Rathauses nach dem Erdgeschosse des Hauses Elisabethstraße 10 verlegt. Die städtische Dienststelle, Hauptbüro, Abteilung für Arbeiterangelegenheiten, ist aus dem Rathaus nach Karlstraße 12, zwei Treppen, verlegt worden.

Veranstaltungen des Feuerwehrtages

Der geführte Sonntag war der Haupttag der 20. Deutschen Feuerwehrtagung, die vom 6. bis 13. Juli in Breslau stattfand.

„Das Stadttheater brennt“

Nicht wirklich, sondern nur demonstrationshalber. Mehrere tausend auswärtige Feuerwehrlente hatten sich auf dem Schloßplatz aufgestellt, als gestern früh 8.30 Uhr ein Kanonenschlag andeutete, daß im Stadttheater ein Brand ausgebrochen und jenseits der Feuerwehr geteilt sei. Im gleichen Augenblick schlugen aus den Fenstern und den Dachluken künstlich erzeugte Flammenschwaden heraus, fast Sekunden lang, und die Breslauer Feuerwehr raste heran. Da sich im „brennenden“ Gebäude Personen befanden, wurden sie zuerst gerettet. Ein Sprungtuch wurde unten ausgebreitet, und die vom Feuer Bedrohten sprangen in die Tiefe, wo sie die hilfreichen Arme der Feuerwehrlente in Empfang nahmen. Unterdessen waren bereits die ersten Leitern angelegt und Schläuche nach dem Dache geführt worden; kurze Pflöcke, und von allen Seiten brüllten kräftige Wasserstrahlen in die „Flammen“. Nach einer knappen halben Stunde hatten die annähernd 16 Schläuchleitungen den „Brand“ gelöscht. Wieder Pflöcke, das Wasser verlegte, die Magirusleitern wurden eingezogen und die Wehr konnte abgerückt. Sicher hat dieser Probenalarm den Wehren aus den Dörfern und kleinen Städten einen interessanten Einblick in die Tätigkeit einer Großstadtfeuerwehr gegeben.

Der Festzug

Um 11 Uhr sammelten sich die Teilnehmer am Feuerwehrtage zum Festzug, der vom Schloßplatz ausging und dessen Vorbereitungen reichlich zwei Stunden währte. An der Spitze marschierten österreichische Wehrlente in reichlichpielerischer Ausrüstung, deutsche Delegationen aus der Tschechoslowakei folgten. Dann

liefen die einzelnen Landesverbände, wie Berlin, Sachsen, Bayern, usw., und zum Abschluß die Kreisverbände des Landesverbandes Schlesien. Hier waren es manche oberösterreichische Wehren, die großen Wert auf Rückständigkeit zu legen schienen, denn ihre Fahnen waren außer mit dem merkwürdigen (allerdings üblichen) Spruch „Gott zur Ehr“, dem Nächsten zur Wehr“ auch noch mit schwarzweihroten Farben „besetzt“. Im Zuge selbst marschierten sowohl Berufs-, als freiwillige und nicht zu vergessen Fabrik-Feuerwehren, die an den mit Unternehmern getauschten Metallinstrumenten schon äußerlich erkennen ließen, was Welches Kinder sie sind.

Bei dem Festzuge selbst ereigneten sich durch das standhafte Auftreten der Müllersberger Feuerwehrlente verschiedene Zwischenfälle. In Rombdiemantler beantworteten sie harmlose Bemerkungen des an den Straßen stehenden Publikums über „Denke“ u. a. damit, daß sie aus dem Zuge heraus in unerbittlicher Weise in diese hineinschlugen; verschiedene Passanten erlitten blutende Verletzungen. Daß diese Überfälle planmäßig organisiert waren, geht daraus hervor, daß nach ihnen die Ortschaften verstreut und die Marschreihen verändert wurden, um ein Auffinden der Übeltäter unmöglich zu machen. Soweit uns bekannt ist, die Polizei in keinem einzigen Falle gegen die Müllersberger Schläger eingeschritten.

Der Nachmittag brachte auf dem Scheitliger Messengelände eine Reihe von Vorführungen auswärtiger Wehren. Ueber die in der Jahreshunterhalle durchgeführte Ausstellung werden wir morgen berichten.

Aus Breslauer Gerichtssälen

Jüdisches Warenhauskapital und Marxismus

Mu. Vor der Strafkammer stand dieser Tage der Herausgeber eines inzwischen längst wieder entlassenen völkischen Standardblattens „D. Z. am Montag“, ein natürlich in München geborener Herr, Ernst Grasse, der seiner Makulatur dadurch einen großen Absatz erwirken wollte, daß er in der ersten Nummer des bedruckten Blattes die Behauptung aufstellte, das Leinenhaus Bielschowsky habe der KPD im Dezember 1928 eine Spende von 15 000 Mark zukommen lassen. Da die Schöffengerichtsverhandlung seinerzeit einwandfrei ergeben hatte, daß Bielschowsky niemals auch nur einen Pfennig an die KPD gezahlt hat, wurde Grasse in der ersten Instanz zu 250 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten sowohl er als auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

Die Berufungsverhandlung ergab keinerlei neue Gesichtspunkte. Staatsanwalt Steinberg beantragte, die Strafe zu verdoppeln, da sich der Angeklagte die Behauptung aus den Fingern gesogen habe. Demgegenüber blieb der angeklagte Nazi bei seiner ursprünglichen Behauptung, daß die Information zu dem Artikel von dem Stahlhelm Milde stammen, was dieser beauftragt in der Schöffengerichtsverhandlung unter Eid abgegriffen hatte. Da Grasse aber einen Zeugen namhaft machte, der bei der Uebergabe der Information zugegen gewesen sein soll, wäre hier eine Anklage wegen Meineid gegen Milde fällig.

In seinem Schlusswort fabulierte der Angeklagte von „Zusammenhängen zwischen Marxismus und jüdischem Warenhauskapital“, von der „Zensurlehre des Bolschewismus“ und anderen schönen Dingen aus dem Galantkreuz-Katechismus.

Urteil der Strafkammer: Die Berufung des Staatsanwalts sowohl als auch die des Angeklagten wird verworfen. Es blieb also bei 250 Mark Geldstrafe.

Frau Rosers Gewerbe

Frau Roser von der Alsbücherstraße ernährt sich durch Vermietung von Zimmern. Durchaus nicht etwa kümmerlich — im Gegenteil: Frau Roser hat ein sehr ansehnliches Einkommen. Sie vermietet nämlich die sieben Zimmer, über die sie verfügt, an je

armen Geschöpfe, die der Bürger am Tage verächtlich als „Prostitution“ bezeichnet, zu denen er aber trotzdem nachts sein Geld trägt. Die Prostitution ist ja eine notwendige Begleiterscheinung der verlogenen bürgerlichen Sexualmoral. — Also Frau Roser steht sich glänzend bei ihrem Gewerbe des Zimmervermietens. Sie selbst zahlt pro Zimmer an den Hausbesitzer gegen 16 Mark Miete, während der Erbsitz sich auf 150 Mark stellt, da sie jedem der Mädchen einen Tageslohn von 5 Mark bezahlt. Selbst wenn man für Abnutzung der Möbel, Bedienung und Beleuchtung monatlich 30 Mark abzieht, was sehr reichlich gerechnet ist, bleibt pro Zimmer ein monatlicher Reinerwerb von 104 Mark. Frau Roser hat also monatlich insgesamt 728 Mark arbeitsloses Einkommen, das die bedauernswerten Mieterinnen durch Festschmelzung ihres Körpers schaffen müssen.

Vor einigen Tagen stand Frau Roser vor dem Schöffengericht; man hatte sie wegen Kuppelerei angeklagt. Natürlich ist es ihr bei ihrem Einkommen nicht schwer, einen tüchtigen Rechtsanwalt zu befehlen, der dem Gericht klar machte, daß in Breslau solche Preise für derartige Zimmer üblich wären. Wenn aber eine Gaunerei üblich ist, dann hört sie nach juristischen Begriffen auf, eine Gaunerei zu sein. Und darum sprach das Gericht diese ehrenhafte Zimmervermieterin, die wegen Kuppelerei schon mehrmals verurteilt ist, dann auch wirklich frei, obwohl der Staatsanwalt ja ein Wochen Gefängnis beantragt hatte. Naiv, wie unsere Gerichte in manchen Dingen nun einmal sind, wurde in der Urteilsbegründung ausgeführt, daß eine Uebervorteilung schon darum nicht vorliegen könne, weil ja die als Zeugen geladenen Mädchen behauptet hätten, daß sie sich „nicht geschädigt“ fühlten. An diese Mädchen wäre wahrscheinlich auch nie mehr ein Zimmer vermietet worden, wenn sie das Gegenteil ausgegagt hätten. Aber solche für jeden Laien selbstverständlichen Schlüsse sind wohl für unsere Justiz zu spekulativ. Sie ließ sich hier darum auch Genüge daran sein, der Madame Zimmervermieterin eine Ehrenerkennung auszusprechen. Frau Roser ist ein würdiges Mitglied dieser bürgerlichen Gesellschaft. Auf den Prätorien, nach denen die Vermieterin aus den Körpern armerlicher Kreaturen jeden Monat dreivierteltausend Mark herauswirtschaftet, ist ja diese ganze „Gesellschaftsordnung“ aufgebaut. So naiv ist aber unsere Justiz nun doch nicht, daß sie das nicht wüßte.

Große Parteifunktionär-Konferenz

Morgen, Dienstag, 19 Uhr (pünktlicher Beginn!) im „Lessing“, Adalbertstraße 10. Es müssen erscheinen alle Mitglieder der Bezirksleitung, der Abteilungen der BL, der Stadtteilleitungen, die Betriebszellenobleute, Gewerkschaftsfunktionäre, Fraktionsleiter sowie die Parteimitglieder, die in anderen außerparteilichen Organisationen Funktionen innehaben.

Thema:

„Um das Programm der Kommunistischen Internationale“
Referent: Genosse Dr. Hermann Drucker-Berlin

Verlängerte Polizeistunde. Der Polizeipräsident hat anlässlich des 20. Deutschen Reichs-Feuerwehrtages bis einschließlich 12. d. M. für den Ortspolizeibezirk Breslau den Eintritt der Polizeistunde auf 4 Uhr festgesetzt.

Selbstmord. Auf der Kunststraße nach Pilsnik wurde der Kraftwagenführer Meger aus Klein-Wandau erschossen aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um Selbstmord handelt. — In seiner Wohnung wurde der Pfandleier Alfred W. tot aufgefunden. Er hatte sich vergiftet.

Selbstmordversuch. Einen Selbstmordversuch unternahm die 19jährige Martha K., indem sie, unweit des Obereschlößchens, von einem Balken in die Oder sprang. Badenden gelang es, sie zu retten.

Tödlicher Unfall. Freitag nachmittag ereignete sich ein tödliches Unglück in Mochbern. Dort findet bekanntlich der Neubau eines Funkturmes statt. Von großer Höhe fiel während der Bauarbeiten dem am Fuße des Baues beschäftigten Arbeiter Josef Deneck eine Seilrolle so unglücklich auf den Kopf, daß sofort der Tod herbeigeführt wurde.

Mittelschlesien

Brieg. Noch ein Unwetter. Nach der heugenden Hitze, die seit Dienstag herrschte, zogen Freitag nachmittag schwere Ge-

witter über Brieg und Umgegend, die einige Stunden anhielten. Durch den vorangehenden Sturm wurden in den Obstgärten und Obststücken, die erst durch den Orkan am Mittwochabend schwer geschädigt wurden, neuer Schaden verursacht.

Strehlen. Gefährliche Kriegserinnerungen. Ein Arbeiter in Karlsh hatte sich aus dem Felde Zündappeln von Handgranaten als Kriegserinnerung mitgebracht. Beim Hanterem mit diesen gefährlichen Erinnerungsgütern explodierte eine Sprengkapsel und riß dem Mann von einer Hand vier von der anderen drei Finger ab.

— Todesfahrt auf dem Motorrad. Den Tod fand in der Nähe von Strehlen der Schlossermeister Krawinkel. Er hatte sich in Breslau ein neues Motorrad gekauft und besand sich auf diesem auf der ersten Fahrt. Unweit Kiegersdorf verfehlte Krawinkel auf der nach Reife führenden Kunststraße eine scharfe Kurve und stürzte so unglücklich, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt und auf der Stelle tot liegen blieb.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Strehlen. Dienstag 20 Uhr kombinierte Mitgliederversammlung von KPD und NSD. bei Wende („Stadt Breslau“). Referent Reichstagsabgeordneter Artur Vogl-Berlin. Kein Mitglied darf fehlen!

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau

- Alle Kameradschaftsabende fallen am Montag aus.
- Alle Parteigenossen, die im NSD. sind, kommen zur Fraktions-sitzung Montag 20 Uhr im „Lessing“. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Bogt-Berlin. Partei-, NSD.-Mitgliedsbuch aus Ausweis mitbringen.
- Abt. 4. Dienstag 19.30 Uhr Generalversammlung bei Dähle, Mariannenstraße 7.
- Liegnitz. Kameraden, die mit Auto zum Goutreffen nach Görlitz fahren wollen, melden sich bis 10. Juli beim Kameraden J. G. Wüsterdorf. Dienstag 20 Uhr im Hotel „Zur Sonne“ Mitglieder-versammlung.

KIPKE-BIER seit 1844

Waldenburger Bergland

Die Schlichtungsfessel soll verstärkt werden

Unternehmervorschlage zur Aenderung des Schlichtungswesens

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt am 6. Juli an hervorragender Stelle Vorschläge für Aenderung des Schlichtungswesens, die von führenden Unternehmern herkommen. In der Einfüllung zu diesen Vorschlägen wird festgestellt, daß die bisherige Form des Schlichtungswesens in Miskredit geraten sei. Die Unternehmer seien dabei zwar nicht schlecht gefahren. Wörtlich heißt es: „Wir sind sogar der Meinung, daß bisweilen, insbesondere in der Übergangszeit unserer langsam sich erholenden Wirtschaft manche Löhne noch einen stärkeren Auftrieb und manche Arbeitszeiten eine weniger günstige Regelung erfahren hätten, als es durch die Ereignisse des Staates möglich war.“

Aber jetzt sei infolge „ungehemmter Agitation“ das bisherige System unhaltbar diskreditiert und es drohe die Gefahr, daß sich die Arbeiter aber verbindlich erklärte Schiedsprache hinwegsetzen. Offen wird gesagt:

„Wir sind davon überzeugt, daß das herrschende Schlichtungswesen auf lange Zeit nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Ob es bald einer vernunfigen Reform weichen oder im Zusammenbruch enden wird, hängt in erster Linie davon ab, ob es alle Beteiligten rechtzeitig verstehen werden, die klaren Konsequenzen aus der Krise zu sehen und damit den guten Inhalt einer Form, die den Bedürfnissen unserer Zeit nicht mehr standhält, zu retten.“

Die Unternehmer wollen also eine Aenderung des Schlichtungswesens, um das Schlichtungswesen überhaupt zu retten und um es zu verscharfieren.

Darum machen sie folgende Vorschläge:

1. Die staatlichen Schlichtungsinstanzen sollen so wenig wie möglich in Anspruch genommen werden. Dafür sollen überall tarifliche Schlichtungsstellen geschaffen werden. Die Tarifschiedsgerichte in der Chemie oder im Baugewerbe, die heute noch „erstaunliche Ausnahmen“ seien, müßten zur Regel werden. Das bedeutet also den Wegfall der staatlichen Instanzen, die immer noch in Reserve stehen, durch private Schlichtungsinstanzen.

Eventuell sollen auch solche Tarifverträge angestrebt werden, in denen sich die Parteien verpflichten, Entscheidungen der staatlichen Schlichtungsinstanzen ohne weiteres als bindend anzuerkennen.

2. Die Stellung der staatlichen Schlichter soll verstärkt werden. Sie sollen auf Lebenszeit mit Pensionsberechtigung (richterliche Sicherungen) angestellt und wie die höchsten Beamten bezahlt werden. Ihre Anstellung soll vom Reichsarbeitsminister und Reichsfinanzminister gemeinsam vorgenommen werden, die beide auch die Aufsicht führen sollen. Die Schlichtungsbezirke sollen eingeschränkt werden und sich mit den 13 neuen Landesarbeitsamtsbezirken der Arbeitslosenversicherung bedecken. Das hat den Zweck, durch enge Verbindung der Schlichter mit der Bürokratie der Reichsversicherungsanstalt den Druck auf Arbeiter und Arbeitslose zu verscharfieren.

3. Die Verbindlichkeitszerklarung soll dem Reichsarbeitsminister abgenommen und einer Reichsschiedsstelle übertreten werden. Ueber ihre Zusammensetzung wird folgendes vorgeschlagen:

„Die Reichsschiedsstelle wird aus einem mit richterlicher Unabhängigkeit versehenen Vorsitzenden, je zwei Vertretern der streitenden Parteien und zwei neutralen Sachverständigen, die entweder vom Vorsitzenden im Einvernehmen mit den beiden Parteien oder vielleicht auch vom Reichsarbeitsminister und Reichswirtschaftsminister berufen werden, zusammengesetzt. Staatspolitische Gesichtspunkte würden es wohl auch rechtfertigen, wenn in die Kammer direkt zwei Vertreter der beiden Ministerien delegiert würden. Das Verfahren auf Verbindlichkeitszerklarung darf nur auf Antrag einer Partei oder der beiden Ministerien gemeinsam und — wie bereits erwähnt — lediglich in Konflikt lebensnotwendiger Betriebe, die eine Bedrohung wichtiger Gesamtinteressen darstellen, eingeleitet werden. Die Verbindlichkeit selbst muß von einer Zweidrittelmehrheit erklärt werden, das heißt, in einer Kammer von sieben Personen müßten sich entweder die Tarifparteien einigen, oder die Stimmen einer Partei durch die Stimmen des Vorsitzenden und der beiden neutralen Beisitzer ergänzt werden. Diese Bedingung einer qualifizierten Mehrheit entspricht einer Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Ende 1921 bei der Beratung der Schlichtungsverordnung im Reichswirtschaftsrat zustande kam, und die dann zwei Jahre später von der Zentralarbeitsgemeinschaft in den Entwurf eines Abkommens betreffend Schlichtung tariflicher Schiedsstellen und Einschränkung des staatlichen Tarifwanges übernommen wurde.“

Ein Bild auf diesen Vorschlag genügt, um zu zeigen, daß die sogenannten „drei Unparteiischen“ die Entscheidung hätten, daß also durch diese „qualifizierte Mehrheit“ nichts geändert würde.

Die Verbindlichkeitszerklarung soll in geheimer Abstimmung erfolgen, und des wird wörtlich folgendermaßen begründet:

„Während die Vertreter der einzelnen Parteien — insbesondere auf Arbeitnehmerseite — bei einer offenen Stimmabgabe durch Rückfragen auf den Konkurrenten im eigenen Lager und durch taktische Erwägungen gegenüber dem Gegner und dergleichen sehr beeinflussbar sind, schaltet die geheime Abstimmung unsichere Momente weitgehend aus; insbesondere aber verhindert sie eine nachträgliche agitatorische Auswertung des Beschlusses durch die Verbandspolitiker. Dieser Vorschlag hat den Zweck, den sozialdemokratischen Beizern ihre Tätigkeit zu erleichtern und es ihnen zu ermöglichen, ihre Entscheidungen einfach abzuleugnen.“

4. Die Streikfreiheit soll, soweit es überhaupt noch möglich ist, noch mehr eingeschränkt werden. Wörtlich heißt es:

„Solange ein Verfahren auf Verbindlichkeitszerklarung läuft, müßten Kampfbestrebungen der beiden Parteien unbedingt verboten sein. Nach Möglichkeit sollte daher auch die Schlichtungsverhandlung wenigstens vier Wochen vor Ablauf des Tarifvertrages beginnen, und sie nicht rechtzeitig abgeschlossen, so gilt der alte Tarif bis zur Füllung der Entscheidung weiter.“

5. Die Kosten für das staatliche Schlichtungswesen sollen je zur Hälfte dem Unternehmer und den Gewerkschaften auferlegt werden. Jeder Arbeiter weit, was das bedeuten würde.

Das sind die wesentlichen Vorschläge der „DAB“, die zeigen, daß das Unternehmertum die Fessel der Arbeiterchaft ungebrochen verfesten will. Diese Vorschläge zeigen, was der Arbeiterchaft droht, wenn sie nicht den Kampf gegen das gesamte Schlichtungswesen verstärkt und sich die volle Streikfreiheit zuruckeroberst.

Die Gefahr ist deshalb so groß, weil die reformistischen Gewerkschaftsleitungen den Kampf gegen das Schlichtungswesen ablehnen

und nur „Aenderung des Schlichtungswesens“ wollen. Dasselbe wollen die Unternehmer. Wohl versprechen die Reformisten den Arbeitern eine „Verbesserung“ des Schlichtungswesens. In Wahrheit treffen sich die Munsche der ADB-Führung und der Unternehmer insofern, als sie eine Verstärkung der Schlichtungsfessel erstreben. Das beweisen die Vorschläge der ADB-Führer, die in vielen Punkten sich mit den Vorschlägen der Unternehmer decken, so in der Frage der tariflichen Schiedsgerichte, des Reichsschiedsgerichts, der geheimen Abstimmung usw. Wenn das bestehende Schlichtungswesen auch nur um einen Schritt in dieser Richtung verscharkt wird, so haben wir in Deutschland dieselben Zustände wie im schweizerischen Stallen, wo auch ein staatliches Lohnamt die Arbeitsbedingungen diktiert.

Arbeiter, erkennt die Gefahr! Erkennt, wohin auch die Reformisten führen wollen. Schließt euch unter der Fahne der Opposition zusammen, um die Streikfreiheit wiederzuerobern und durch wichtige Massenstreiks bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Schweidnitz

Blutshande. Der 32-Jahre alte Schneider Kubitz stand wegen Blutshande vor dem Großen Schöffengericht. Die Verhandlung konnte noch nicht zu Ende geführt werden, da das erst siebenjährige Töchterchen des Genannten die Auslage verweigerte, nachdem sie in der Voruntersuchung die Untaten des Vaters ausführlich geschildert hatte. Angesichts dessen beantragte der Staatsanwalt die Vernehmung des Untersuchungsrichters, dem gegenüber die Kleine damals das Geständnis ablegte. Dann wird ein neuer Verhandlungstermin anberaumt.

Bolkenhain

Wer nimmt Sportkinder ins Quartier? Die Freie Turnerschaft Langenbielau unternimmt mit ihrer Kinderabteilung anfänglich der großen Ferien eine Ferienfahrt nach Bolkenhain. Biera 60 Mädels und Jungen treffen am 21. Juli bei uns ein. Die Freie Turnerschaft Bolkenhain scheidet keine Bemühungen, um den Aufenthalt den Langenbielauer Proletarierkindern so angenehm zu machen, wie wir es ihnen schuldlos sind. Wir richten deshalb die Bitte an die Bolkenhainer Arbeiterchaft, unterstugt uns in der Quartierfrage! Wer ein oder zwei Kindern für drei Wochte aufnehmen kann, melde dies bei den Genossen Max Kern oder Alfred Schwinde an.

Niederschlesien

Neue Unwetter in Niederschlesien

Ein Todesopfer

Am Freitag ereigneten sich in ganz Niederschlesien neue schwere Unwetter. Darüber liegen folgende Meldungen vor:

„Als der Gutsbesitzer Jander in Kriegsheide, von seinen Feldern kommend, die Straße nach seinem Gehof entlangfur, erhob sich plötzlich ein furchtbarer Sturm, der mehrere Straßenbäume umlegte. Einer dieser traf den Gutsbesitzer so unglücklich, daß er einen Schadeldruch, einen Beinbruch und noch andere Verletzungen erlitt. Ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, starb er der Veranlagtheit nach einigen Stunden.“

Auch Bunzlau wurde vom Sturm heimgesucht. Auf der königlichen Promenade, am Betriebsamt, auf der Goldberger Straße und an anderen Stellen legte er starke Bäume um. Ganz besonders schwer gehaust hat er in dem Schutzenhausgarten. Schwer gelitten haben die Obstbäume und die Dächer. Von einem Wirtschaftsgebäude des katholischen Pfarramtes wurde ein großer Teil des Daches auf die Straße geworfen. Urogen Schaden hat der Sturm, der etwa nur sieben Minuten anhielt und von einem Gewitter begleitet war, auch auf den Landstraßen und in den Dörfern angerichtet.

In Schreiberhau herrschte am Freitag richtige Badewetter. In der Thermometer erreichte 38 bis 40 Wärmegrade. Im Laufe des Nachmittags zog von Westen her ein kurzes, aber schweres Unwetter über das Schreiberhauer Tal, das einen kräftigen Regenguss brachte. Vor Beginn des Gewitters erhob sich ein Orkan, der in Gärten, an Dächern, namentlich aber in den umliegenden Waldungen Bäume entwurzelte oder beschädigte.

Auch Hirschberg und Reichenbach wurden von schweren Gewittern heimgesucht.“

Görlitz

Zur Kirchensteuer. Ein Begleitwort, nulich und gut zu lesen, lagt der Parochialverband der evangelischen Kirche mit dem Kirchensteuerbescheid für 1923 verteilen. War es doch höchste Zeit, daß dem dauernden Murren über zuviel Kirchensteuer endlich einmal entgegengeantwortet wurde. Zunächst gibt in diesem Flugblatt ein Herr Schmidt seiner „Freude“ darüber Ausdruck, daß die Kirchensteuer nicht erhöhet werden brauchte (wie edel, lieber Leser), daß aber andererseits nun auch die Schäflein punklich Kirchensteuer bezahlen sollen. Des weitern wird dem frommen Bürger gezeigt, wie „zubringend“ dieses Geld angemeldet würde. Eine kleine Auslese sei gestattet hier anzuführen: 14 Pfarrer, 10 Gemeindebeamte, 16 Diakonissen, 9 Kirchenlieder, dann noch diverse Balgetreter, Glodner, Türsteher, Hilfsarbeiter usw., samtliche Kirchen und fünf Pfarrhäuser und drei Pfarrer-Dienstwohnungen sind zu erhalten. Man sieht aus dieser kleinen Auslese, daß das Geld (auch manches Froleten) recht „zubringend“ für den Bauch der Pfarrer verwendet wird. Der denkende Arbeiter macht Schluss, knopft die Taschen zu, und tritt aus der Kirche aus. Der Austritt ist zu vollziehen am hiesigen Amtsgericht, Zimmer Nr. 106 im dritten Stock.

„Mit siedender Farbe verbrannt. Der Lehrling des Sattlermeisters Otto aus Deutsch-Wilg schüttelte sich bei Ausbesserungsarbeiten von Ledergerichten die siedende schwarze Farbe über den ganzen Leib. Mit schweren Brandwunden mußte er ins Krankenhaus transportiert werden.“

Motorradunfälle. In Hosenau fuhr ein Motorradfahrer in die Eisenbahnstraen, die eben geschlossen werden sollten. Er stürzte und blieb brennend liegen. — Kurz darauf fuhr ein Malergehilfe mit dem Motorrad gegen einen Gartenzaun und wurde schwer verletzt. Das Motorrad wurde vollkommen zertrümmert. Ein Soziusfahrer konnte sich im letzten Augenblick durch Abspringen retten.

Steigende Erwerbslosigkeit. Mit Beginn des Monats Juli erfolgten in Görlitz-Stadt bedeutende Zugänge. Die Zahl der Arbeitsuchenden beträgt zurzeit 1510. Vermittlungen wurden insgesamt 353 getätigt.

Grünberg

Eine Verurteilung. Die Polizeidirektion Grünberg schreibt uns: Die in Nummer 137 der „Arbeiter-Zeitung“ für Schlesien und Oberschlesien vom 15. Juni 1923 veroffentlichten Angaben des Ludwig Barinstra entbrechen nicht den Tatsachen. Als Barinstra sich abdachtlos meldete, wurde er in Polizeigewahrsam — Raum für Obdachlose — untergebracht. Dort legte er sich, ohne sich zu entscheiden, in das ihm zugewiesene Bett. Da, um einer Verlaufsgefahr vorzubeugen, die Bestimmung besteht, daß die Obdachlosen nur mit Unterwäsche bekleidet sich ins Bett legen dürfen, so würde er von dem Verwalter Koser pflichtgemäß auf die Bestimmung hingewiesen. Barinstra weigerte sich und wurde auf Verlangen entlassen. Es ist un wahr, daß er mit einem Sammelnupfel bedroht oder gar mishandelt wurde. Es ist ferner un wahr, daß ihm Geschenke seitens des Verwalters angeboten wurden, um ihn zum Schweigen über die angeblichen Mißhandlungen zu veranlassen.

Sagan

Samt-Beschluß der letzten Stadtverordnetenversammlung ist noch zu berichten, daß nunmehr mit den Hofkammerarbeiten der Heideberg-Promenade sowie der Straße D, die von der Heidebergstrae zur Pestalozzischule führt, begonnen wird. Zu dem Zweck wurden 17000 Mark bewilligt. Den Antrag der Erwerbslosen an den Magistrat, die Arbeiten in eigener Regie anzuführen, lehnte der Magistrat ab, weil angeblich der Stadt zu den erforderlichen

Schichtarbeiten das Material, wie Schienen und Rippflore fehlt. Die Arbeiten wurden an den Unternehmer Jungnickel vergeben. Auf Drängen der ausgebeuteten Erwerbslosen, die vom Wohlfahrtsamt bedacht werden, gelang es den Kollegen Siurum und Geyer, daß nicht erst diese Woche, sondern bereits vorigen Donnerstag und Freitag begonnen wurde. Hierbei finden 20 Unterstützungsempfänger des Wohlfahrtsamtes wenigstens auf wenige Wochen Arbeit. Was bedeutet der Magistrat zu tun, um allen Ausgesteuerten eine Arbeit von längerer Dauer zu verschaffen, damit sie in das Erwerbslosenversicherungsgesetz aufgenommen werden und Unterstützung beziehen können?

Ein Erfolg der SPD-Fraktion. Auf Grund des nochmaligen Antrages der kommunistischen Fraktion beim königlichen Wohlfahrtsamt wurde eine Besserung der Säge erzielt, wonach pro Person der Nichtjob auf 4 Mark erhöhet wurde. Es erhalten nunmehr Mann und Frau mit zwei Kindern anstatt 16 Mark 20 Mark pro Woche.

Bunzlau

Furchtbare Freitagunwetter. Am Freitag gegen 10 1/2 Uhr ging über M oblau ein noch nie erlebtes Unwetter nieder. Ein von westlicher Richtung kommendes Gewitter richtete ungeheuren Schaden an. Haus hohe Staubwolken leiteten das wolke Treiben ein, wenige Sekunden und eine Anzahl Bäume waren umgeworfen, Telephon- sowie Lichtleitungsdrahte zerrissen. Am heftigsten betraf das Unwetter den sogenannten M oblauer Park. Hunderte von meterlangen Fichten wurden umgeworfen. In dem benachbarten P o h l s w i n k e l hat der Orkan noch toller gehaust, was um so bedauerlicher ist, da den Schaden kleine Besitzer des Dorfes erlitten haben. Fast samtliche älteren Obstbäume wurden abgebrochen bzw. entwurzelt, Strohs- sowie Ziegelbaucher abgedeckt, sogar Hausergiebel eingerissen. Einen schrecklichen Anblick bietet das kleine Dorf. Manchem Bauer ist der Ertrag aus den Obstgärten auf lange Jahre geraubt.

Haynau

Ein wirklich nobler Arbeitervertreter. In der letzten Kartell-sitzung auferte sich der Krankenkassenrentant und Kartellvorsitzende Karl, der das hohe Pferd bei der SPD hier am Orte reitet, „die Erwerbslosen wären ja nur zu faul zum Arbeiten“. So etwas erlaubt sich ein Kartellvorsitzender, der sich immer noch „Arbeitervertreter“ nennt! Die Höhe der Freiheit aber ist die Tatsache, daß dieser Mensch es immer noch wagt, sich in den Erwerbslosenversammlungen als Vertreter der Interessen der Erwerbslosen hinzustellen und dabei das Unschuldslamm zu marieren. Erwerbslose Kollegen! Hier steht ihr wieder einmal, wie die Arbeitervertreter der SPD in Wirklichkeit aussehen. Merkt euch diesen Fall bis zur nächsten Erwerbslosen-versammlung. Rechnet mit diesem sauberen Gesellen ab und werft ihn aus der Versammlung heraus. Zum Schluss sei noch mitgeteilt, daß Karl jetzt um den Stadtratsposten ringt. Sozialdemokratische Arbeiter, seht ihr noch nicht ein, daß eure Führer keine Arbeitervertreter sind?

Glogau

Unfall im Zirkus. In der Abschiedsvorstellung des Zirkus Sarrasani brach infolge Ueberlastung der Balkenlage eine Stube. Sechs Personen stürzten etwa drei Meter hinab und erlitten Hautabschürfungen und Verstauchungen.

Liegnitz

Sarrasani in Liegnitz. Seit Freitag ist der Zirkus Sarrasani in Liegnitz. Schon früh fanden sich viele Zuschauer am Bahnhof ein, um den Transport der Tiere anzusehen. Nachmittags fand im Zirkuszelt auf dem Haag eine Besichtigung für die Presse statt. Es sind prachtvolle Tiere, die Tiger, Löwen, Leoparden, die 22 indischen Elefanten sowie die zahllosen Pferde. Der ganze Zirkus samt Tieren wird auf etwa 200 Autolastzugen von Ort zu Ort bewegt.

Verjuchte Abtreibung. Unter Ausschluß der Deffentlichkeit wurde am Sonnabend vor dem Schöffengericht gegen einen hiesigen Geschäftsmann wegen Beihilfe zur verjuchten Abtreibung und sein ehemaliges Kinderfräulein, mit dem er intimen Verkehr gepflogen hatte, wegen verjuchter Abtreibung verhandelt. Gegen beide Angeklagte wurde auf eine Woche Gefängnis erkannt, die in Geldstrafen von 70 Mark für den Geschäftsmann und 35 Mark für seine ehemalige Angestellte umgewandelt wurden.

Alle Parteigenossen, die am 21./22. Juli am Roten Treffen in Görlitz teilnehmen wollen, melben sich umgehend bei Genossen Jache, Dobeckstrae 20.

Aus dem Riesengebirge

Zum Handmord bei Krummhübel. Wie wir erfahren, kommt als Täter des im Riesengebirge an dem Obersparrer Schöne verurteilten Raubmordes ein tschechischer Staatsangehöriger in Betracht, der vor einigen Tagen aus dem tschechischen Gefängnis entlassen worden ist und im Gebirge herumirrt.

Der Rote Tag in Görlitz findet am 21./22. Juli statt! RSB-Ortsgruppen! Bereitet ihn gut vor!

Trinkt Engelhardt-Biere Qualität unübertroffen.

Zentrum
Zigarren - Zigaretten - Tabake
Gustav Richter, Schmiedebrücke 68

Plissee - Hohlsaum - Stickerei
G. Kribl, Ohlauer Straße 67, II.

Germann Kamroth, Hummerel 10
Fabrik feinsten Fleischi. u. Würstwaren

Flug- und Seefische
Georg Janitz, Neue Taschenstraße 26a

Teppiche
Gardinen und Möbelstoffe
K. Nitsche, Albrechtstr. 44/45, I. Flg.

Gold- und Silberwaren
Paris
42 - Ohlauer Straße - 42

G. Manneberg
Kurz-, Weiß- u. Wolllwaren
Goldenerabegasse 23

Gehr. Friedrich
Eisen- und Stahlwaren / Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte

Dauerwäse
Kaufe nur Ohlauer Straße 67 bei
Georg Friedel, neben Wurstschneider

Fahrradhaus Eximius
Reuschestr. 28
Niedrige Kassapreise = Nie trige Raten
Reparaturen

Heinrich Nitsche
Lakörfabrik
Beigittental 7 - Reuschestr. 54

Besucht die
Adlergaststätten
84 639

Möbellabrik Max Schreker
Wohnungseinrichtungen u. Einzelmöbel aller Art,
besonders für Siedlungs-Wohnungen. - Niedrige
Preise. - Wegen Pause und auf Raten.
Bismarckstraße 32.

W. Kelling
Färbt - reinigt - wäscht
Alles für Alle
84 618

Brauerei und Ausschank
„Zum großen Meerdriff“
Inhaber C. Vogel
Breslau :: Reuschestr. 28

Ausschank nur selbstgebr. Biere
Anerkannt gute Küche
Mittagstisch von 12-3

HUTE UND MÜTZEN
Gustav Thater
vorm. Niederlage d. Siegnitzer Hutfabrik
Ohlauer Str. 86 Schmiedebrücke 18

Konditorei u. Café M. Obst
Neue Taschenstr. 1a, Ecke Schweidnitzer Stadtgraben
- Beste Backwaren -
Treffpunkt - Angenehmer Aufenthalt

Modehaus Tichauer
Kleider- und Mäntel-Fabrik
Schmiedebrücke 42, an der Ursulinerstraße
5% Rabatt beim Vorzeigen des Inserates

Do kaufe ich meine Ledersohlen
Bei Gutsche - Überall empfohlen.
ALBERT GUTSCHE
Hauptgeschäft: Reuschestr. 20/31
Filialen: Gräbichenerstr. 10/21
Molikestr. 14 / Bohrauerstr. 27

R. Karsunky & Co.
Möbe
Rosenthalerstraße 2, Ecke Matthiasstraße

Eisenwaren / Werkzeuge / Haus- und
Küchengeräte
Fritz Scholz & Co.
Ohlauer Straße
Ecke Neue Gasse

Ostdeutsches
Schuhwarenhaus
Schmiedebrücke 20
im Neubaum
Gartenstr. 68, Matthiasstr. 140

Teppiche / Gardinen
Größe Auswahl - Niedrigste Preise
Joh. Spanier & Sohn
Seit 1892 nur Ohlauer Straße 45

Rundliches Wurstjubiläum
Markthalle Gartenstraße, Stand 14/15

Herrenhüte / Sportmützen
Niedrigste Preise
Richard Sprung, Ohlauer Straße 68
vis-à-vis Siedhe

Hilf- und Strohhüte, Mützen
Cervatius Böhm
41/42 Schweidnitzer Straße 41/42
Begr. 1865

Emil Frießing / Inh. Aug. Samsel
Billigste Bezugsquelle für
Uhren, Gold- und Silberwaren
Albrechtstraße 5, Ecke Schubbrücke

Brauerei und Ausschank
„Zur goldenen Marie“
Inh. G. Hübner, Dreihe Straße 89
Nur eig. Biere, anerkannt gute Küche

MÖBEL-BOTTA
gut und billig
Bismarckstraße 20

Schuhhaus Schäfer
Neue Graupenstr. 7
Billigste Qualitätswaren
Reparatur-Werkstatt

Uhren
Rosenthal
5 Neue Schweidnitzer Straße 5

Optikermeister
Heidrich
Beste
Augenläser
Stadthaus gegenüber

Der Schokoladenkonsum, Herm. Schirmak G. m. b. H. zeigt Euch den Weg, wie gute Ware billig verkauft werden kann.
Filialen: Ohlauer Str. 50/54, Graupenstr. 12, Höfchenstr. 31, Friedrich-Wilhelm-Str. 34.

Ost
Zigarren-Haus L. Cham
Feldstraße 46.
Kl. Fred. Koch
Klosterstraße 103
Fahrräder und Zubehörteile
Sprechapparate, Projektor, Schallplatten
Teilzahlung

Richard Mann, Klosterstr. 35 / Begr. 1869
Unbekanntes Beeridigungsinstitut
- Sorge in allen Preislagen -
Begräbnis-Verficherung

Lebensmittelhaus Carl Stehler
Inh. Rudolf Bremer, Bahnhofsstraße 4
- 3 % Rabatt auf sämtliche Waren

Zi arren
Zigaretten, Tabake
E. Betz
Bormerstr. 45

Hugo Schmidt
Tauenzienstr. 105
Haus- u. Küchengeräte

Lebensmittel
Kolonialwaren
M. Kricke, Löschstr. 17
8% Rabatt.

Paul Stenzel
Klosterstr. 15, hpt.
Berufskleidung
Tel. 21 526.

P. Schlappe, Tauenzienstr. 149 - Fahr-
räder, Sprechapp., Schallpl. - 5% Rab.
Handarbeits-Schuhwaren u. Panauische
Vorwerkstraße 5 - Begründet 1875

Speer - Bormerstraße 7
Fahrräder / Ersatzteile / Reparaturen

Manufakturwaren und Wäsche
Paul Lorenz, Breslau, Bahnhofstr. 21
Wilhelm Böhm, Inhaber With. Taster
Bäckerei, Konditorei und Bestellschäft
Lischstraße 19

Kaufhaus Tauenzien, Tauenzienstr. 153
bietet bei jedem Einkauf große Vorteile

Gustav Schmidt, Tauenzienstraße 118
empfehle meine Fleischi. u. Wurstwaren

Albert Kirchmann, Bormerstraße 16
Glazerei und Gebäckherstellung

Theodor Scholz - Klosterstraße 88
Kollereiprodukte, Obst, Kolonialwaren

Medizinal-Drogenhaus
A. Pina :: Ofene Straße 27
Chemikalien - Parfümerien - Farben

Breslau bedeutendste Gmasieranstalt
für Fabr- und Motorräder
F. Aebautzke :: Matthiasstraße 36

Bäckerei und Konditorei
Johann Mikosch, Heinrichstraße 18

Carlowitz
Kolonialwaren :: Lebensmittel
Spezialrosen
Paul Sannert, Hundsfelder Str. 92

Möbel-Koch
Klosterstraße 14
Auswärts franco.

Steffi Fleischschmidt, Sonnenstraße 10
Lebensmittel aller Art

Schirme, Stöcke
Hermann Ränger, Gräbichener Str. 23
Reparaturwerkstatt

„Gerichtskretscham“, Inh. E. Sauer
Gräbichener Straße 259
Angenehm. Aufenthalt f. alle Werkstät.

Geschw. Bauch
Leberhandlung und Schuhbedarf
14 Gräbichener Straße 14

Milch, Butter,
Eier, Käse
Kourad Finster
Zawrgiesstraße 104

Mehl, Getreide,
Futtermittel
Niederl. Clarastraße 2
Gräbichener Str. 43

Möbel
auf Teilzahlung
L. Rosner
Gartenstr. 3

Kolonialwaren
Delikatessen
Ernst Weiß
Gräbichener Str. 43

Gaststätte
Fritz Mitwoch
Sabowaststraße 26

Hüte und Mützen
Hermann Barth
Gräbichener Straße 12 / Teichstraße 24

Nord
Fritz Müller - Nähmaschinenherstellung
Spezialität: Webl. Fagelfutter, Sämereien
Matthiasstraße 85

Fritz Simon, Bismarckstraße 4
Kolonialwaren

Breslau bedeutendste Gmasieranstalt
für Fabr- und Motorräder
F. Aebautzke :: Matthiasstraße 36

Bäckerei und Konditorei
Johann Mikosch, Heinrichstraße 18

Carlowitz
Kolonialwaren :: Lebensmittel
Spezialrosen
Paul Sannert, Hundsfelder Str. 92

Fache Qualitätsmarken den führenden Marken des In- und Auslandes ebenbürtig.

Brieg
Fleisch- u. Wurstwaren
Fritz Thierl
Neubauerstraße 1.
Feine Fleisch- u. Wurstwaren
Karl Märgner
Paulauerstraße

Rast im Sanjans
S. Jablonowsky
Jean Doblassi - Paulauer Straße 23
Milch - Butter

Fahrräder - Nähmaschinen
Gefhm. Günther, Paulauer Straße 9
Zweckdienlich u. s. Zweck Radl. - Inh.
Franz Haller - Range Str. 10, Mollestr. 3,
Ring 4 - Bekannt Lieber Waren u. bill. Preisen

Empfehle
H. Fleisch- und Wurstwaren
Walter Parzsch, Oppelauer Straße 30

Reserviert
84 607

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Otto Gräbich, Rühlstraße 4

J. Benjamin
Inh. E. Müller, Ring, Ecke Zollstraße
bekannt für gute Waren u. bill. Preisen

Zigarrenhaus
Zigaretten - Rauch- und Kontabake
A. Beste, Zollstraße 23

MIFA-FAHRRÄDER
Fr. Knapp, Fischerstraße 3
Motorräder / Sprechapparate / Näh-
masch. / Sportartikel / Reparatur-Werkst.

Spezialgeschäft für Reinigungs- und
Beleuchtungsartikel G. Kutzsch, Ring 14

J. & M. Simon, Ring 11
Kolonialwaren

Ohlau
Fahrräder :: Nähmaschinen :: Zubehörteile
Paul Groß
Saunagarten, Breslauer Chaussee 3

Seifen, Flüss- und Toiletteartikel
Friedrich Stanitz, Breslauer Straße 4

Osmal Bierlein, Ring 10
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Herren- und Damenbekleidung
Schuhwaren.
Julius Rosenbaum :: Ring 11

KAUFHAUS RIESENFELD
F. Senoch Nachf.
Ring 7 Billige Bezugsquelle Tel. 198

MODEHAUS
F. Glaser G. m. b. H.
Herren- u. Damenbekleidung

Kurz-, Weiß- und Wolllwaren
kauft man reell und billig
Georg Jadel :: Ring 19

Karl Robdeutscher
Hüte / Mützen / Herrenartikel
Breslauer Straße 3

„Oderschösschen“
Inh. D. Drieschner
Großer Ballaal und Konzertgarten

Karl Kreusel, Söhne
Möbellabrik
Beeridigungsanstalt

Färberei Brenner
färbt - reinigt - plisliert
Schnellste Lieferung

MOTORFAHRZEUGE
Fahrrad, Nähmaschine, Grammophone.
Adalbert Ettel :: Ring 14

Schuhwarenhaus
ROBERT SCHOLZ
Ring 44

... nur mit Gas!
rasch, sauber, billig
Rat und Auskunft beim Gaswerk

Streiten
F. SKUPIN :: RING 4
Kolonialwaren - Weinstube

Fritz Berndt, Münsterberger Straße 7
Uhrmachermeister und Optiker

Carl Stopp :: Wasserstraße 14
Manufakturwaren - Konfektion

G. Piehl :: Große Kirchstraße 14
Polsterwaren / Möbel
Oskar Kleiner, Schulz 14 15
Uhren und Goldwaren
Fahrräder und Nähmaschinen
Sprechmaschinen und Schallplatten